

Wahlprüfstein DIE LINKE

Paul Parey Zeitschriftenverlag GmbH & Co. KG
Erich-Kästner-Str. 2
56379 Singhofen

Deutsche Jagdzeitung

Praxis der Schalenwildbejagung

Sieht Ihre Partei Bedarf, die bisherige Praxis der Schalenwildbejagung zu verändern?

Ja, beispielsweise bei der Fallenjagd oder den Jagdzeiten. Die Jagd sollte so effektiv und tierschutzgerecht wie möglich erfolgen. Dabei dürfen die Anforderungen an die Jagd jedoch nicht demotivierend auf die Jägerinnen und Jäger wirken, die diese verantwortungsvolle Aufgabe im Interesse der Gesellschaft übernehmen. Ihr ganz überwiegend ehrenamtliches Engagement bedeutet den Ausgleich für die fehlenden Beutegreifer im Ökosystem, regionale Wertschöpfung und gesunde regional erzeugte Lebensmittel. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Flächenbewirtschafterinnen und -bewirtschafter auch einen Beitrag zur Unterstützung einer effektiven Bejagung der Flächen leisten. Beispielsweise durch Wildäsungsflächen, Waldrandgestaltung, Blühstreifen oder Bejagungsschneisen. Dies würde die Bejagung der Agrarlandschaft erheblich erleichtern und wird im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU unterstützt, z. B. auch als ökologische Vorrangflächen.

Raubwild-Bejagung

Hält Ihre Partei die Raubwild-Bejagung aus Gründen des Artenschutzes für sinnvoll?

Ja. Im Ökosystem Kulturlandschaft ist eine Bejagung von Raubwild aus Artenschutzgründen in vielen Regionen Deutschlands notwendig. Dazu zählt für DIE LINKE übrigens aktuell und auf absehbare Zeit nicht die Bejagung des sich erst wieder ansiedelnden Wolfes.

Fallenjagd (Totschlag- sowie Lebendfang-Fallen)

Steht Ihre Partei für den Erhalt der Fallenjagd (Totschlag- sowie Lebendfang-Fallen)?

DIE LINKE ist für den Erhalt der Jagd mit Lebendfallen. Totschlagfallen sehen wir aus Sicherheits- und Tierschutzgründen deutlich kritischer. Wenn die Jagd mit Totschlagfallen weiterhin erlaubt sein soll, dann müssen diese selektiver wirksam und ihre Anwender direkt nachvollziehbar sein. Ggf. muss diskutiert werden, ob dieser Teilbereich nur professionellen Anwendern gestattet wird. Die gesetzlichen Regelungen zur Verwendung von Lebendfallen sind unter dem Aspekt des Tierschutzes zu verbessern, damit sich z. B. gefangene Tiere nicht unnötig verletzen.

Jagdhunde-Ausbildung

Befürwortet Ihre Partei die Jagdhunde-Ausbildung an lebendem Wild (Bsp. lebende Ente am Wasser, Fuchs in der Schliefenanlage, Wildschweine im Saugatter)?

Ja, unter bestimmten Voraussetzungen, weil dort von Hund und Hundeführer Erlerntes zu tierschutzgerechterem Verhalten beitragen kann. Aber die Ausbildung am lebenden Wild muss sehr hohen ethischen Grundsätzen folgen. Z. B. muss sie so effektiv (und damit sparsam) wie möglich geschehen und sie muss unnötige Belastungen oder Verletzungsgefahren bei allen Beteiligten strikt vermeiden. Andernfalls wäre dies schwer mit dem Tierschutz vereinbar. Alternative Ausbildungsmethoden müssen immer Vorrang haben.

Verschärfung/Änderung des Jagdrechts

Gibt es in Ihrer Partei Pläne zur Verschärfung/Änderung des Jagdrechts?

DIE LINKE spricht sich für Änderungen des Jagdrechts aus. Das gilt z. B. für eine Verringerung der Mindestpachtdauer. Die Liste der nach §2 BJagdG bejagbaren Arten sollte überprüft und ggf. verringert werden. Das Ziel sollte sein, nur Tierarten aufzuführen, für welche es auf absehbare Zeit einen vernünftigen, gesellschaftlich akzeptierten Bejagungsgrund gibt (wildbiologischer Grund oder sinnvolle Nutzung). Jagd- und Schonzeiten sind ebenfalls im Sinne einer effektiveren und möglichst störungsarmen Jagd auf Grundlage wildbiologischer Kenntnisse zu überprüfen.

Waffenaufbewahrung bei Jägern

Will Ihre Partei an der jetzigen Form der Waffenaufbewahrung bei Jägern etwas ändern?

Nein. Im Gegensatz zur Waffenaufbewahrung bei Sportschütz_innen sieht DIE LINKE bei Jäger_innen keinen gesetzlichen Änderungsbedarf. Sie sind auf einen unkomplizierten, aber gegenüber Unberechtigten sicheren Zugang zu ihrer genehmigten Waffe angewiesen, um ihr gesellschaftlich notwendiges, meist ehrenamtliches Engagement (die Jagd) ausüben zu können. Das erfordert gleichzeitig einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit diesen Waffen bei Verwendung, Transport und Lagerung der Waffen und der Munition. Deshalb muss weiterhin über Lösungen nachgedacht werden, wie die Missbrauchsmöglichkeit legaler Waffen weiter verhindert werden kann.

Langwaffen in Jägerhand

Will Ihre Partei Langwaffen in Jägerhand zahlenmäßig begrenzen?

Nein. Verantwortungsvolle Jägerinnen und Jäger werden schon aus Gründen der Risikominimierung nur die Waffen besitzen, die sie benötigen. Wenn überhaupt, sollte über eine Verringerung von Kurz Waffen nachgedacht werden, da diese nicht oder nur sehr begrenzt für die Jagd notwendig sind.

das Waffenrecht

Ist das Waffenrecht aus der Sicht Ihrer Partei okay oder muss es verschärft werden?

DIE LINKE sieht die Angemessenheit verdachtsunabhängiger Kontrollen angesichts der begrenzten Wirksamkeit nach wie vor skeptisch und kritisiert ihre Gebührenpflichtigkeit. Die Notwendigkeit bestimmter Waffen für den Schießsport muss hinterfragt werden (z.B. große Kaliber, hohe Geschossenergie, etc.). DIE LINKE lehnt eine Waffenbesitzsteuer ab. In der Kriminalitätsstatistik sollte zwischen legalen und illegalen Waffen unterschieden werden.

Jagd von Privatpersonen ausgeübt

Hält Ihre Partei es für richtig, dass Jagd von Privatpersonen ausgeübt wird oder würden Sie die Jagd lieber in staatlicher Verantwortung sehen?

DIE LINKE findet, dass die Jagd kein Recht von gesellschaftlichen Eliten sein (bzw. wieder werden) darf und flächendeckend durch eine vor Ort verankerte Jägerschaft ausgeübt werden sollte. Das ist mit einer Beschränkung auf professionelles Personal nur begrenzt erreichbar. Daher sollte die Jagd weiterhin auch Privatpersonen nach einer sehr guten Jagdausbildung offen stehen. Die Jagd soll ein naturverbundenes Hobby für viele sein und kein Beruf für wenige.

Das Ende bleihaltiger Munition

Ist nach der Ansicht Ihrer Partei das Ende bleihaltiger Munition bereits besiegelt?

Ja. DIE LINKE spricht sich für ein schrittweises Verbot bleihaltiger Jagdmunition aus. Dieses Ziel ist nach einem langen Diskussionsprozess unterdessen weitgehend unstrittig, auch wenn noch einige Detailfragen geklärt werden müssen. Wir haben deshalb das Bundesagrarministerium aufgefordert, ein Ausstiegsszenario zu entwickeln, mit dem innerhalb der nächsten drei Jahre bleihaltige Jagdmunition vom Markt genommen werden kann. Das gebietet die Vorsorge für die Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Umwelt. Dabei ist es besonders wichtig, dass Jägerinnen und Jäger an Schießständen gefahrlos mit bleifreier Munition üben können. Deshalb sollte die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern diskutieren, ob im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) Geld für den Umbau der Schießstände zur Verfügung gestellt werden kann.